

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementpreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst sowie der Frauen- und Jugendzeitung einschließlich Bringerlohn monatlich 30 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährlich M. 2.75, unzerlegt für Deutschland und Oesterreich-Ungarn M. 5.— Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Gr. Zwingerstraße 14, D. Tel. 3465. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Expedition: Gr. Zwingerstraße 14. Tel. 1769. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6spaltige Perzeile mit 20 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung, wird Rabatt gewährt. Vereinskongresse 20 Pf. Inserate müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgeben sein und sind im Voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 84.

Dresden, Montag den 14. April 1913.

24. Jahrg.

Im Vormarsch wird der geschäftstüchtige Patrois- und eines Marine-Verständigungs-Kongresses ausgedeutet.

Dem französischen Genossen Comptre Morel wurde vom Magdeburger Polizeipräsidenten verboten, in einer Versammlung gegen den Wüstingwahnstun zu sprechen.

In verschiedenen Industriegebieten Belgiens hat die Regierung Militärmaschinen in die Fabriken geleitet.

Der Anarchist Alegre, der auf den spanischen König schoß, erklärte im Verhör, er habe den Tod Ferrers rächen wollen.

Die nationalitistische Lügenwerkstatt.

Von unserem Korrespondenten.

Wien, 13. April.

In der Karwoche, als die Frage der Flottdemonstration noch in Schwere war und die Wiener Generalstabspartei dem Ziele zuweilen, wegen Skutari einen militärischen Spaziergang nach Cetinje zu unternehmen, da tauchte in diplomatischer Scheine die Märtyrergeschichte des Franziskaners Palitsch auf. „Eine entsetzliche Szene, die man im 20. Jahrhundert in Europa nie und nimmer für möglich gehalten hätte“, erzählte die liberale, freiwillig offiziale Neue Freie Presse, nach angeblich authentischen Mitteilungen eines römischen Würdenträgers des Franziskanerordens. Als die Ortschaft sich gewaltig zur Orthodoxie bekehren ließ, verweigerte nur Palitsch den Uebertritt. Auf einen Wink der orthodoxen Priester fielen die Soldaten über den Franziskaner her, rissen ihm das geistliche Gewand vom Körper und begannen mit den Gewehrkolben auf ihn einzuschlagen. Vater Angelus führte mit mehreren Knochen- und Rippenbrüchen zu Boden, die orthodoxen Geistlichen geboten den Soldaten Einhalt und fragten den Schwerverletzten, ob er nunmehr übertreten wolle. Und abermals schüttelte er das Haupt und sagte ruhig: „Nein, ich verlasse meinen Glauben nicht und breche nicht mein Gelübde.“ Vater Angelus erhielt nun wieder zahllose Kolbenschläge, bis ihm schließlich ein Soldat mit einem Bajonettschlag die Lunge durchbohrte und so dem Leben des Unglücklichen ein Ende bereite.

Diese Schilderung, mit allerhand Details des Grauens ausgeschmückt, ging nun durch die ganze Presse. Eine kleine Nachbilde der Prochastimmung war das Ergebnis. Aber rasch wie alle die blutigen Sensationen verschwand auch diese. Als die Flottdemonstration in Gang kam, war von den gewalttätigen Befehlingen und den Folterqualen des Franziskaners nicht mehr die Rede. Und jetzt hat die Leichenschau, vorgenommen in Gegenwart der Konsuln, also auch eines Vertreters von Oesterreich und eines Vertrauensmanns der katholischen Kirche, ergeben, daß der Franziskaner Palitsch, durch Augenblicke, aus der Ferne abgegeben, getötet worden ist. Keine Verletzungen anderer Art, keine Stichwunde weist der Leichnam auf. Die ganze Märtyrergeschichte bis zum Ende ist erlogen. Es handelt sich um einen Freischützerkampf, schlimmstenfalls um die Behandlung der Freischützer, als wären sie Rebellen, was — wie grausam es sein mag — auch sonst im Kriege üblich ist. Fragt man aber nun, wie jene Märtyrergeschichte zustande kam, als man gerade aufregende Themen brauchte, so liegt die Antwort wieder bei dem so oft beschriebenen Schreiben der literarischen Abteilung des Auswärtigen Amtes. Denn „der hohe Würdenträger der Franziskaner“, der um die Todesgeschichte so genau wußte, war ebenso der Prediger Herr Stanja, wie er das nächstmal als militärischer Sachverständiger, als hervorragender deutscher Diplomat oder in deutschen Blättern durch Vermittlung ihrer Wiener Berichterstatter als einflussreicher österreichischer Staatsmann auftritt und die wunderbarsten Geheimnisse zu enthüllen weiß.

Doch ist diese Allmacht des Auswärtigen Amtes und seiner Stimmungsmacherei nur möglich dank der unfähigen Pressekorruption, die in Wien heute herrscht. Das Wiener Kabinett hält sich nicht einmal ein eigenes offizielles Organ; das Fremdenblatt, die Norddeutsche Allgemeine Zeitung Oesterreichs, wird vom Eisenkartell ausgehalten, und obwohl fast amtliches Organ, vertritt es im Konfliktfalle die Offenkundigkeit gegen den Staat, hat auch bei Vergeltung von Schiffsbauten in Deutschland den Marinekommandanten durch seine in heftigster Sprache geführten Angriffe gesüßigt. Dafür verfügt jedoch dasselbe Kartell durch die Papierfabrik Elbenaue über drei weitere Blätter (Wiener Allgemeine Zeitung, Mittagszeitung und Extrablatt), die ebenfalls unbedingt die Politik des Wiener Kabinetts mitmachen und Kamias Aufträge in schamlosen Lügenberichten und Lügenentstellungen kostenlos popularisieren. Dann kommen die Blätter, die unmittelbar Geld nehmen, so nahezu alle Montagszeitungen; endlich die gefährlichsten: die Blätter, die zu reich sind, um festsetzen zu werden und die, keiner Industriegruppe dienstbar, dennoch aber aus Eitelkeit und um schlagende Nachrichten zu erhalten, die Rosenkranz ihres publi-

zistischen Apparats allen Tücken und Intrigen zur Verfügung stellen.

Endlich arbeitet auch die liberale Presse, dem Thronfolger zu Gefallen, stets auf Krieg hin. Alles das läuft samt den Berichterstattern der reichsdeutschen Presse täglich in Kamia, empfängt Aufträge, Lügenentstellungen zur Bearbeitung des Publikums je nach der Höhenlage seiner Bildung; das Publikum gerät in Wut, von keiner Seite, sofern es nicht zur sozialdemokratischen Presse greift, hört es eine Kritik der Vorgänge, vernimmt es ein unbefangenes Wort. Das Auswärtige Amt leitet die öffentliche Meinung wie es will und hat noch den Vorteil, als diese Kriegsdemagogie glatt ablenken zu können; denn sie tritt nach außen hin als Privatindustrie zutage.

Das Schickial der Deckungsvorlagen.

Am Sonnabend sind die Debatten über die Deckungsvorlagen geschlossen und die Vorlagen der Kommission überwiesen worden. Der letzte Tag brachte noch ein Auftreten des Herrn v. Bethmann, der von Homburg herbeigeeilt war, um im Reichstag noch einmal seine Stimme erheben zu lassen. Der Herr Reichskanzler warnte in allen Tonarten davor, daß sich der Reichstag für eine Reichseinkommens- oder Reichsvermögenssteuer entscheide. Die schlimmsten Folgen entstünden, wenn solche Steuern eingeführt würden. Durch eine Vermögenssteuer würde das ganze Steuerwesen der Einzelstaaten verwirrt, die Einzelstaaten könnten nicht mehr das notwendige Geld für die Kulturaufgaben aufbringen, kurz und gut, die Finanzen der Einzelstaaten wären an der Wurzel getroffen. Den Beweis für seine Behauptungen ist der Herr Reichskanzler durchaus schuldig geblieben. Es ist gar nicht einzusehen, warum Verwirrung in die Finanzen der Einzelstaaten durch eine Reichsvermögenssteuer kommen sollte.

Es ist richtig, die Einnahmen der Einzelstaaten fließen zum Teil aus Vermögenssteuern, aber wer will denn die Einzelstaaten hindern, neben der Reichsvermögenssteuer auch weiterhin Vermögenssteuern zu erheben, etwa in Gestalt von Zuschlägen zur Reichsvermögenssteuer? Würde dadurch erreicht, daß die Beherrschung des Vermögens in den einzelnen Staaten noch gleichen Grundbesitz erfolgte, so wäre das doch nur ein Vorteil. Oder hält der Herr Reichskanzler die Unmöglichkeit der deutschen Steuererhebungen für eine so große Fierde des deutschen Vaterlandes, daß daran nicht gerüttelt werden darf?

Das Geld für die Kulturaufgaben würde nicht mehr aufgebracht werden können, wenn das Deutsche Reich den Vermögens alle Jahre etwas für seine Zwecke abnähme, meint der Herr Reichskanzler. Glaubst der Mann, daß die bestehenden Steuern schon heute so schwer an den ihnen auferlegten Steuern zu tragen haben, daß man ihnen keinerlei Opfer mehr zumuten dürfte. Aber wie kann er dann wagen, dem Reichstag Steuern vorzuschlagen, die doch, wenigstens nach der Behauptung der Regierung, den Weg treffen sollen? Das wäre ja geradezu freivol, wenn die Besitzenden so wie so bis zur Grenze des Erträglichsten belastet wären und die Einzelstaaten nichts mehr aus ihnen herausziehen könnten, sowie das Reich ihnen neue Steuern auferlegt. Auf die Form der Steuern kommt es doch nicht an. Die Hauptsache ist, daß eben die Besitzenden zu zahlen haben. Schließlich schreiben ja die Steuererhebungsstellen der Regierungen auch vor, daß die Einzelstaaten die Mehraufgaben, die ihnen durch die Veredelung der Patrimonialbeiträge entstehen, durch Vermögenssteuern aufzubringen haben. Wo einen vernünftigen Grund gegen die Einführung einer Reichsvermögenssteuer gibt es nicht. Aber Bethmann ist eben ein Knecht der Junker. Die Junker wünschen, daß die Entscheidung über die Gestaltung der sogenannten Vermögenssteuern in die Einzelhandtage verlegt wird, damit sie sie dort nach ihrem Geldsinn zurechtstutzen können. Und der Junker Wille ist auch Bethmanns Wille.

Übrigens scheint es durchaus nicht ausgeschlossen, daß trotz aller Warnungen des Reichskanzlers die Reichsvermögenssteuer kommt. Bemerkenswert ist, was die liberale Römische Volkszeitung darüber schreibt:

Am wahrheitslieblichsten kann nach den bisherigen Reden der großen bürgerlichen Parteien und nach dem, was hinter den Kulissen geredet wird, eine Einigung der Mehrheit des Reichstags auf eine Reichsvermögenssteuer erscheinen trotz der großen liberalistischen Bedenken. Die national-liberale Fraktion scheint auf die Reichsvermögenssteuer großen Wert zu legen, ihre Einbringung an erster Stelle vor der Erbschaftsteuer ins Auge zu fassen. Die Konservativen und das Zentrum waren von jeder Gegner der Reichsvermögenssteuer. Die Bedenken dagegen sind auch heute noch groß und man verheißt sich nicht, daß es einen Schritt von unabweisbarer Bedeutung ist, den der Reichstag mit dem Beschluß einer Reichsvermögenssteuer machen würde. Auf der anderen Seite wehren sich aber die Stimmen gegen die Aufhebung der wachsenden Kassenlasten für Armee und Marine, auf Höhe und indirekte Steuern, die auf die Dauer als eine Unmöglichkeit erscheint.

Denn scheint das Zentrum geneigt zu sein, eine Reichsvermögenssteuer anzunehmen. Es wäre dann eine Mehrheit für eine solche Steuer gesichert, selbst wenn, wie zu erwarten ist, die Konservativen nicht mitmachen.

Das Ende der Steuerdebatte.

Ueber den Verlauf der Reichstagsdebatte am Sonnabend geht uns folgendes Stimmungsbild zu:

Herr Gothein, der für die Fortschrittler die zweite Rede hielt, kritisierte noch kräftiger, als es Herr v. Payer getan hatte, die Vorschläge der Regierung. Er wandte sich gegen den ganzen Gedankengang, der ihren Vorlagen zugrunde liegt, und trat für die Schaffung einer dauernden Vermögenssteuer ein, die durch eine Erbschaftsteuer wirksam kontrolliert wird.

Nach Herrn Behrens sprach Herr v. Bethmann-Hollweg. Er war, wie gelagt, scheinbar sehr optimistisch und überließ gern die Schwierigkeiten, die sich zweifellos der Verwirklichung seiner Absichten entgegenstellen werden. Wenigstens suchte er sie nach Möglichkeit zu unterschätzen. Er hielt es aber doch für nötig, den üblichen Appell an die bürgerlichen Parteien zu richten und vor den Störungen zu warnen, die aus dem Vorschlag der Erbschaftsteuer oder der Vermögenssteuer hervorgehen würden.

Genosse Segitz benützte die Gelegenheit, um auch dem Grafen Posadowsky auf seine gestrige Rede einige überzeugende Wahrheiten zu sagen. Sehr interessant in seinen Ausführungen war besonders die Darlegung der Verhältnisse, wie sie sich im Bundesrat gestalten haben. Seine Mitteilung, daß dort Militär- und Deckungsvorlagen nur durch die bairische Zustimmung eine Mehrheit gefunden haben, fand von keiner Seite Widerspruch, obwohl die Mitglieder der Regierung gerade diesen Teil seiner Ausführungen aufmerksam vernommen hatten.

Daß es möglichst schnell mit der Annahme der Vorlagen gehe, war der deutlichste Wunsch, den Herr Dr. Trendelenburg äußerte. Genosse Dr. Eidelund, der zuletzt zu Worte kam, wandte sich gegen diese begreifliche Neigung zu übermäßiger Eile und er warf gegenüber dem Kanzler gerade die Prinzipienfragen auf, von denen die Herren der Rechten nichts wissen wollen.

Der Generalstreik in Belgien.

Die Aufmerksamkeit der sozialistischen Internationale richtet sich auf Belgien. Mit verhaltener Erregung, mit leidenschaftlicher Teilnahme und Sympathie verfolgt das Proletariat den Kampf der belgischen Genossen gegen die politische Entrechtung. Zum dritten Male wenden unsere belgischen Genossen die scharfe Waffe des politischen Massenstreiks an. Seit Wochen ist eine ungeheure Vorbereitung und Erziehungsarbeit geleistet worden. Die belgischen Genossen hoffen daher, durch die ökonomische Wucht der Arbeitseinstellung allein zu wirken. Ein Teil der Intellektuellen — Belgien's bedeutendste Dichter Verhaeren und Maeterlinck sind unter ihnen — sowie ein Teil der entschiedeneren Liberalen, die das liberale Joch endlich zerbrechen möchten, stehen mit ihren Sympathien auf Seiten der kämpfenden. Zudem ist, wie 1902, diesmal die Haltung des Liberalismus nicht mehr das Entscheidende. Den Ausgang bestimmt allein die Kraft und die Entschlossenheit des Proletariats.

Ein Brüsseler Telegramm des Berliner Tageblatts meldet über den Beginn des Kampfes:

Genau vor elf Jahren hatte der letzte Generalstreik der belgischen Sozialisten begonnen, der dem ganzen Lande das allgemeine Wahlrecht verschaffen sollte. Der Generalstreik hat damals mit einem Volksaufstand und Blutvergießen geendet, und keine der Hoffnungen erfüllt die auf ihn gesetzt waren. Heute verläuft der Sozialistenführer Vandervelde, der auf dem Parteitag selber gegen den Generalstreik gestimmt hat, in einem Leitartikel nachzuweisen, daß der diesmalige Kampf zum Siege führen müsse. Er betont, daß die Bewegung durchaus innerhalb der friedlichen Grenzen geführt werden soll. Gleichwohl hat heute, einen Tag vor Beginn des allgemeinen Ausstandes, die Erregung im ganzen Lande ihren Höhepunkt erreicht. Die liberalen Blätter betonen, daß dieser Generalstreik zur Revolution führen müsse. Das zwanzigste Jahrhundert, das Regierungsdiktat, erlegt einen Ruf zur allerersten Dämpfung an die Liberalen, sich nicht zum Bürgerkrieg verleiten zu lassen. Während alle Gewerbe danteberlagen, machten Schlichter, Gemischtändler und Händler in den letzten Tagen gute Geschäfte; denn surschamale Deute haben liberal die vorhandenen Vorräte aufgekauft, um sich gegen die drohende Hungersnot zu schützen. In dem Wahlbezirk haben keine Epicer die Sparkassen überannt, um sich ihre Guthaben zu Hause aufzubewahren. Im Handelskreis sind heute und gestern Revolver verteilt worden. Die Sozialisten behaupten, daß für diese Tat nur Agents provocateurs verantwortlich seien.

In Jupille bei Lüttich hat sich heute früh der Infanteriehauptmann Delecroix erschossen. Er kommandierte eine Soldatenabteilung, die die Fabriken bewacht. Der geheimnisvolle Selbstmord wird natürlich auch mit der Streikaufregung in Beziehung gebracht. In Hollagne hat ein Arbeiter zu Gewalttätigkeiten aufgefordert und einen Fabrikdirektor sogar mit dem Tode bedroht. Er wurde verhaftet. Die Regierung benutzt alle diese Nachrichten, um in den Großstädten und Industrieorten die Gendarmen und das Militär noch zu verstärken. Belgische Soldaten sind heute nach Flandern, flandrische in die walloonischen Landesteile geschickt worden. In Brüssel wurden die Kasernen mit riesigen Schornsteinen versehen, um die Ministerien vor nächtlichen sogenannten neutralen Rufen, daß für Straßenmanifestationen verboten sei, während des Streiks absperrt. Die Ministerialräten erhalten eigene Pässe, damit sie Zutritt zu ihren Büros erlangen. Während der Nacht sollen die Straßen in der Umgebung des Königspalastes und der Ministerien mit Schornsteinen nach Verhängen abgedeckt werden. In dem Dorfe Leba bei Alost ist eine Bande von einem Hund getötet worden.